

Aktionsplan Betreuung in Niedersachsen

06.07.2016, 09:36 | Politik, Recht & Gesellschaft

Pressemitteilung von: *Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e. V.*

Presseagentur: *nic communication & consulting | Bettina Melzer*



v.l.n.r. Katja Keul, Antje Niewisch-Lennartz, H. Göers, C. Friedrichs-Heise, M. Schulz-Polat

Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz unterstützt bessere Rahmenbedingungen

Hannover, 6. Juli 2016 – „Die ehrenamtliche Betreuung muss gestärkt werden. Dabei spielen die Betreuungsvereine bei der Beratung und Anwerbung von Ehrenamtlichen eine zentrale Rolle. Niedersachsen will mit einem „Aktionsplan Betreuung“ zur Qualitätssicherung der rechtlichen Betreuung, der inhaltlich organisatorischen Neustrukturierung, der gleichberechtigten Entwicklung sowie zur Optimierung und zur Verzahnung der Berufsbetreuer und Betreuungsvereine beitragen.“ Dies sagte Niedersachsens Justizministerin Antje Niewisch-Lennartz (Bündnis 90/Die Grünen) im Gespräch mit Vertreter/innen der Landesgruppe Niedersachsen des Bundesverbands der Berufsbetreuer/innen e. V. und der Bundestagsabgeordneten Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) in Hannover.

Im Zentrum des Treffens stand die existenzbedrohende wirtschaftliche Situation der Betreuungsvereine. BdB-Landessprecherin Carola Friedrichs-Heise: „Dafür gibt es mehrere Gründe. Die Vergütung stagniert seit 2005 und unsere Querschnittsarbeit wird nur mangelhaft finanziell gefördert. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben für Personal massiv gestiegen, die Zahl der Aufgaben hat stetig zugenommen und der bürokratische Aufwand ist immer größer geworden. Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben geht weit auseinander. Das stehen die Vereine auf Dauer nicht durch.“

Ein Wegfall der Betreuungsvereine würde zu einer deutlichen Verschlechterung der Angebote für ehrenamtlich tätige Betreuer sowie für Angehörige und Betroffene führen, warnten die Vertreter des BdB. Der Verband fordert mindestens fünf Stunden pro Klient und Monat sowie einen einheitlichen Stundensatz in Höhe von 54 Euro. Aktuell dürfen beruflich tätige Betreuer/innen im Schnitt 3,1 Stunden pro Klient abrechnen bei einem Stundensatz von maximal 44 Euro.

Hennes Göers, Leiter des Betreuungsvereins Bremerhaven und Mitglied im BdB-Bundesvorstand, wies darauf hin, dass es viele blinde Flecke in der Fläche gebe: „Hier müssen wir zu anderen Modellen kommen. Wir schlagen vor, dass freiberufliche Betreuerinnen und Betreuer Ehrenamtliche beraten und unterstützen – beispielsweise in Form eines Tandemmodells.“

Justizministerin Niewisch-Lennartz betonte: „In Niedersachsen fällt die Frage der Förderung von Betreuungsvereinen in den Ressortbereich des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung.“ Die Ministerin stellte aber in Aussicht, dass im Rahmen des gemeinsamen „Aktionsplans Betreuung“ an einer besseren Vernetzung aller beteiligten Akteure gearbeitet werden soll. Der BdB soll in den Aktionsplan eingebunden werden.

Portrait

Der Bundesverband der Berufsbetreuer/innen e.V. (BdB) zählt mehr als 6.700 Mitglieder. Er ist die größte Interessenvertretung des Berufsstandes "Betreuung". Der BdB vertritt die Interessen seiner Mitglieder in bundes- und landespolitischen Gremien. Der Verband fördert die Professionalisierung von Berufsbetreuung und verfolgt das politische Ziel, Betreuung als anerkannten Beruf zu etablieren. Er setzt sich für die Qualitätsentwicklung und -sicherung in der Betreuungsarbeit ein. Der BdB bietet Service- und Dienstleistungen wie Rechtsberatung, unterstützende PC-Software oder Versicherungsleistungen.

www.bdb-ev.de

News-ID: 910312 • Views: 903 (Stand: 02.10.2026)

Link zur Pressemitteilung:

<https://www.openpr.de/news/910312/Aktionsplan-Betreuung-in-Niedersachsen.html>